Zu diesem Tagesordnungspunkt rief der Ausschussvorsitzende gleichzeitig den Tagesordnungspunkt 13.1.3, Antrag der SPD-Fraktion, DS Nr. 13/0011 „Steigerung der Verkehrssicherheit der Kölnstraße – sicher einkaufen – sicher leben“ auf.

Herr Bambeck von der CDU-Fraktion begründete den von CDU und FDP gemeinsam gestellten Antrag. Circa ein Jahr sei hieran gearbeitet worden. Mehrere interne Abstimmungsgespräche und Ortstermine seien einhergegangen. Im Haus der Nachbarschaft trat man mit den Bürgern in einen Dialog ein. Mit diesem Antrag versuche man, die übermittelten Verkehrsprobleme, Hinweise und auch Lösungsvorschläge gemeinsam einzubringen. Er bittet um Zustimmung des Antrags.

Herr Nettessheim von der SPD-Fraktion gab eine Begründung zum Antrag seiner Fraktion ab und stellte fest, dass beide Anträge in die gleiche Richtung gingen. Man sei bestrebt, die beste Lösung für Hangelar zu finden. Man habe in den vergangenen Jahren viele Anfragen und auch Anträge gestellt speziell zum Hangelarer Bereich. Nun sei man zu der Erkenntnis gekommen, es solle eine Gesamtbetrachtung der „Hangelarer Mitte“ erfolgen. Auf verschiedene Dinge möchte er noch einmal eingehen und bittet um Protokollierung seiner Aussagen.

So würde der Verkehr auf der Kölnstraße entlastet, wenn die Ampelschaltung auf der B 56 richtig funktionierte. Er bittet daher die Verwaltung, mit dem Straßenbaulastträger Kontakt aufzunehmen, um eine Optimierung zu erreichen. Die in der Kölnstraße vorhandenen sogenannten Kreisel wie Richthofenkreisel und Josef-Menne-Kreisel würden zwar so genannt, sie wären aber keine Kreisverkehre. Hierdurch käme es oft zu nicht normalen Situationen. Man stelle sich eine verbesserte Beschilderung oder das Deutlichmachen durch Markierungen vor. Bei Begegnungsverkehren in der Kölnstraße, der Florianstraße, der Franz-Jakobi-Straße und vor allen Dingen auch in der Kappellenstraße käme es häufig zu Engpässen. Manchmal sei in der Kapellenstraße bei Begegnungsverkehr mit einem Lkw ein Ausweichen auf den Bürgersteig unumgänglich. Es sollte geprüft werden, ob z. B. die Kapellenstraße für bestimmte Fahrzeuggröße gesperrt werden könnte oder ob eine Einbahnstraßenlösung Sinn macht.

Auch müssten Querungsmöglichkeiten geprüft werden. Es sei zwar ein Zebrastreifen in Höhe der Kreissparkasse vorhanden, theoretisch müsste auch eine Querungshilfe auf der Udetstraße geschaffen werden.

Durch Anlieferverkehr komme es auf der Kölnstraße häufig zu Engpässen. Es ist zu fragen, ob man Anlieferparkplätze schaffen kann. Genauso solle der Parkraum für Anlieger und Kundenparkplätze betrachtet und dadurch eine Möglichkeit gefunden werden, zusätzliche Parkplätze zu schaffen.

Es sollte aber auch der Einparkverkehr an der Sparkasse betrachtet werden. Auch die Radwegführung im Hangelarer Teil sei alles andere als Ideal. So sei zu prüfen, ob man Radwege auf Bürgersteigen schaffen könnte oder ob Markierungen auf die Fahrbahn anzubringen sind, um so die Radfahrer zu schützen.

Die Radwegführung bezüglich Dornierstraße/Udetstraße sei auch ein Problem. Früher hätten dort Poller gestanden, diese hätten die Radfahrer abgebremst. Nun sind die Poller entfernt. Es sei noch nichts passiert, aber in der Gesamtbetrachtung für den Hangelarer Ortsteil solle man auch prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, die potentiellen Gefahren zu verhindern.

Beide Anträge beinhalten immer wiederkehrende Themen, deswegen sollten sie auch im Gesamten geprüft werden.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN merkte an, dass man immer etwas verbessern könne, aber in Hangelar gebe es in dem Sinne kein Verkehrschaos, wo der Verkehr zusammenbräche, es zu Unfällen und schwierigen Situationen käme etc. Man müsse sich darauf verständigen, dass man – wie in anderen Stadtteilen auch – Dinge besser machen könne.

Er möchte selbst auf einige Punkte hinweisen, die zur Verbesserung führen könnten. Das Erste sei der Schleichverkehr. Dieses Problem habe aber weder Hangelar noch ein anderer Ort im Ballungsraum exklusiv. Sind Hauptverkehrsstraßen dicht, suche man andere Wege. Da wo Menschen zusammenleben und wo Verkehr entsteht, komme es immer wieder zu Konflikten. Aufgabe sei es, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass der Verkehr einigermaßen vernünftig ablaufe. Zwar käme es an den sogenannten Kreiseln zu unübersichtlichen Situationen, das sei aber auch gleichzeitig eine Stärke, denn mancher Verkehrsteilnehmer verhalte sich vorsichtiger. Da auch seine Fraktion eine Vielzahl von Anregungen habe, schlage er zum Verfahren vor, die Prüfaufträge von CDU, FDP und SPD der Verwaltung mit auf den Weg zu geben. Jede einzelne Fraktion sollte auch weitere Prüfaufträge einreichen können. Die Verwaltung möge eine Vorlage erstellen, in der sich die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Gesamtbetrachtung wiederfindet.

Für die FDP-Fraktion ergriff Herr Züll das Wort und stellte fest, dass auch die Aussagen im gemeinsamen Antrag von CDU und FDP sehr wohl die Gesamtbetrachtung von Hangelar beinhalten. Diese Gesamtbetrachtung sei man schuldig im Hinblick auf den im Jahre 2008 beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! machte deutlich, dass vieles, was in den beiden Anträgen enthalten sei, nicht von diesem Ausschuss beschlossen werden könne, da oft die Kompetenz und Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde betroffen wäre. Er sei mit einer Sammlung der in den 2 Anträgen der 3 Fraktionen enthaltenen Anregungen einverstanden, um sie mit den noch kommenden Anregungen der anderen Fraktionen in eine Beratung zu geben.

Für die Verwaltung wies Herr Gleß darauf hin, dass er die kleinteiligen Probleme, die die Kölnstraße aufweist, nicht in Abrede stellt. Grundsätzlich möchte er aber zunächst erläutern, wie man sich diesen Themen zukünftig nähern könnte. Die finanziellen Mittel, die man habe, um trotz der Kleinteiligkeit etwas verändern zu können, seien begrenzt. Auch seien die personellen Ressourcen begrenzt. Für das Thema Verkehrsplanung, Verkehrslenkung und -steuerung habe man in der Verwaltung 2 Mitarbeiter, einer sei aus seinem Dezernat und der andere sei der Fachbereichsleiter 1.

Er müsse jetzt darauf hinweisen, dass es bei Erteilung weiterer Arbeitsaufträge eng werden könnte, wenn man auch die großen Dinge abwickeln will, wie z.B. die Gestaltung des Zentrums, die Ausbauplanung von Straßen und die Dinge, die mit der Umsetzung des bereits beschlossenen Verkehrsentwicklungsplanes Sankt Augustin 2025 einhergehen. Die kleinteiligen Planungen würden erheblich mehr Mühe bereiten als das Planen einer komplett neuen Erschließungsstraße.

Herr Gleß stellte dann von jedem Stadtteil einige Straßen vor, die auf der Agenda stünden. Er habe Verständnis, dass dort jeweils kleinteilig vorgegangen wird. Nur müsse es die Verwaltung händeln können, so dass es ihm jetzt schwer falle, Termine zu

nennen, die man möglicherweise nicht einhalten kann, wenn sämtliche Straßen im Stadtteilzentrum Hangelar hinzu kämen. Er schlage daher vor, dass man sich gemeinsam hier im Ausschuss verständigt, wie man das riesige Arbeitspaket bewältigt bekommt, das durch das heutige Arbeitspaket bzgl. Hangelar zu ergänzen wäre. Es läge ihm auch fern, eine Prioritätenliste zu unterbreiten, welche Straße wichtiger seien und welche nicht. Ggf. müsse man sich auch über die Bereitstellung zusätzlicher personeller Ressourcen für diesen Bereich unterhalten.

Gerade deswegen sei es wichtig, meinte der Ausschussvorsitzende, eine Arbeitsplanung zu erhalten, wann welche Maßnahme mit welchen finanziellen Ressourcen erledigt werden und wo Defizite bestehen.

Herr Gleß teilte mit, dass er eine Möglichkeit sehe, einmal unsortiert ohne Prioritätensetzung darzulegen, was in diesem Bereich zu tun ist. Er könne auch den Weg wählen, der zur Bereitstellung des erforderlichen Personals zu gehen ist, nämlich über eine Vorlage im Haupt- und Finanzausschuss. Man könne es aber auch fachlich dimensionieren und darlegen, welche Dinge zu bewältigen sind, so dass der Ausschuss selbst herausfinden kann, welche Prioritäten zu setzen sind. Er bevorzuge die Lösung, hier im Ausschuss zu berichten, was noch ansteht, um daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Auch Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion unterstützte die Gesamtbetrachtung und das Erstellen eines Gesamtkonzeptes.

Herr Züll von der FDP-Fraktion meinte, dass eine Prioritätenliste niemand wolle. Erstaunlich sei für den unabhängigen Betrachter das, was in anderen Stadtteilen passiere.

Herr Metz machte deutlich, dass manches Gefährdungslagen seien, die sofort behoben werden müssen, anderes aber Optimierungen. Für ihn mache es Sinn, in gewissen Abständen turnusgemäß Ortsteil für Ortsteil durchzugehen und eine Gesamtbetrachtung vornehmen. Das bedeute aber auch die Selbstverpflichtung zu überprüfen, ob ein Antrag zu stellen ist oder nicht. Aus den Worten der Verwaltung habe er entnommen, dass alles zusammen nicht zu leisten ist. Er sei sich momentan unschlüssig, wie weiter verfahren werden soll, um nicht Dinge auszulösen, die zu Präzedenzen führen könnten. Ein richtiger Weg sei vielleicht, alles zu sammeln und dann in der nächsten Ausschusssitzung darüber zu sprechen und die Vorschläge vernünftig abzuarbeiten.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen und stellte als bisheriges Ergebnis heraus, dass beide Anträge in ihrer Zielsetzung so beschlossen werden sollen. Man würde die weiteren Anregungen der Fraktionen mitnehmen bzw. würde sie der Verwaltung noch mitteilen. Die Verwaltung möge für die nächste Sitzung eine Liste der notwendigen Maßnahmen erstellen, über die dann beraten wird. Sollte man zum Schluss kommen, dass es nur mit zusätzlichen personellen oder finanziellen Ressourcen möglich sei, würde das entsprechend dem Haupt- und Finanzausschuss empfohlen werden.

Nun meldete sich Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion zu Wort. Es ginge hier um

eine grundsätzliche Betrachtungsweise, wie im Ausschuss mit den Anträgen umgegangen wird. Es betreffe nicht nur den Antrag Kölnstraße, sondern auch den Antrag Zedernweg. Nunmehr sei ihr aufgefallen, dass man die Verwaltung intensiv beschäftige mit diesen Themen wie Schleichverkehre, Parksituation u. Ä. Das betreffe die Bürger unmittelbar. Allerdings liegt, was die Kölnstraße betrifft, ein ganz anderer Sachverhalt zugrunde. Vor zwei Jahren, als es um die Einmündung Kölnstraße/B 56 in Höhe des ehemaligen Kappmarkt ging, sei auch von ihr gesagt worden, man müsse sich die Kölnstraße einmal anschauen. Dann sei es von der CDU und FDP zu der Bürgerbeteiligung gekommen. Aufgrund der Rückmeldungen aus der Bürgerschaft habe man nun die Punkte aufgestellt. In diesem Antrag gehe es hauptsächlich auch um geringe Dinge wie Markierungen, um Hinweisschilder, um Kontrollieren des ruhenden Verkehrs. Es müsste möglich sein, dass man mit dem Ergebnis noch einmal in den Ausschuss kommt und deutlich macht, was möglich ist und was nicht. Dann müssten die Bürger informiert werden. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass die Bürger dafür Verständnis haben, wenn man ihnen aufzeigt, was möglich ist und was momentan nicht möglich ist. Sie hoffe daher, dass man heute den Beschluss fassen kann, aber zukünftig eine Auflistung der Verwaltung erhält aus der hervorgeht, was in den letzten Jahren von den Beschlüssen umgesetzt wurde, bzw. was aus finanziellen u. a. Gründen nicht umgesetzt werden konnte.

Herr Gleß ergriff noch einmal das Wort und machte noch einmal deutlich, dass die Umsetzung der kleinteiligen Maßnahmen viel Arbeit bedeute. Gerade mit der Erwartungshaltung, die sich dahinter verbirgt, gäbe es eine Vielzahl von Projekten, die teilweise erfolgreich abgearbeitet worden sind. Damit wolle er ausdrücken, dass der Arbeitsaufwand, also die Ressource, die zur Verfügung steht, in der Relation zum Aufwand sehr eng begrenzt ist. Das habe er verdeutlichen wollen.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen mit folgendem Beschlussvorschlag:

1. Beschlussvorschlag des Antrages CDU und FDP
2. Beschlussvorschlag des Antrages der SPD,
3. Beauftragung der Verwaltung, in der nächstmöglichen Sitzung des UPV eine Liste der noch ausstehenden Aufgaben mit dem notwendigen Personal und Finanzressourcen darzustellen, damit der Ausschuss über die Art und Weise und auch über die notwendige Reihenfolge der Abarbeitung beraten und beschließen kann.

Herr Köhler vertrat die Ansicht, dass sich der Beschluss nicht gefasst werden dürfte, denn im Antrag der Fraktionen CDU und FDP stünden konkrete Beauftragungen, die dann beschlossen werden. Das sei jedoch nicht das Anliegen, wenn man noch beraten wolle.

Der Ausschussvorsitzende erwiderte, dass beschlossen wird im Sinne des Antrages von CDU und FDP, im Sinne des Antrages der SPD und als 3. Teil des Beschlusses eine entsprechende Liste zur Diskussion in der nächsten Sitzung. Damit sei es nicht so konkret, dass jetzt schon Arbeitsaufträge erteilt würden. Das würde er jetzt an dieser Stelle zu Protokoll geben, dass mit dem Beschluss nicht gemeint ist, dass jetzt schon irgendwo ein Poller aufzustellen oder zu entfernen ist.

Damit war der Ausschuss einverstanden.

Sodann frug der Ausschussvorsitzende, wer den 3 Punkten

1. Beschlussvorschlag des Antrages CDU und FDP
2. Beschlussvorschlag des Antrages der SPD und
3. Vorlegen einer Liste seitens der Verwaltung

zustimme.

einstimmig